

Inhalt:

ND Interview mit Dr. Diether Dehm 2

OWUS-Forderungen an die Politik 3

Flyer zur KMU-Konferenz 4



Erste Linke Europäische KMU-Konferenz am 2.+3. Mai 2009 in Berlin im ND-Gebäude

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und OWUS – Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen e.V. wollen europäische Akzente für KMU setzen.

Deshalb berufen sie vom 02. bis 03. Mai 2009 in Berlin, Gebäude des »Neuen Deutschland«, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, die erste Linke Europäische Mittelstandskonferenz unter dem Leitmotiv »Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung« ein.

Im Europa-Wahljahr 2009 treffen sich Unternehmer und Unternehmerinnen aus europäischen Staaten mit Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern, um

- über die Interessen der KMU und ihre Umsetzung zu diskutieren,
- Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten einer Verallgemeinerung zu suchen,
- praxiserprobte, alternative Unternehmens- und Wirtschaftsformen vorzustellen sowie
- länderübergreifende Netzwerke zu schaffen und neue Geschäftsbeziehungen anzubahnen.

Gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise werden milliardenschwere Maßnahmen zur Rettung von Banken und Großunternehmen getroffen. Die Belange der unternehmerischen Mehrheit, der kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), bleiben weitgehend unberücksichtigt. 98 Prozent aller Unternehmen in der Europäischen Union gehören in diese Gruppe der KMU.

Durch die unkontrollierte Akkumulation des Großkapitals werden KMU und ihre Beschäftigten systematisch vom Markt verdrängt. Die zunehmend einseitig gestalteten »Geschäftsbeziehungen« zwischen großen Konzernen und KMU nehmen fortwährend mehr den Charakter kapitalistischer Ausbeutung an.

Mit der »Europäischen KMU-Konferenz« soll die Zukunft dieser Unternehmen aus der Sicht einer linken europäischen Wirtschaftspolitik diskutiert werden.

An der Konferenz nehmen VertreterInnen aus Estland, Ir-

land, Italien, Niederlande, Spanien, Tschechien und Österreich teil.

Der erste Teil unserer Konferenz umfasst die Wirtschafts- und Finanzkrise – ihre Auswirkungen auf KMU. Neben der wissenschaftlichen Untersuchung der Hintergründe werden bei der Podiumsdiskussion am Samstag Berichte durch die VertreterInnen einzelner europäischer Länder darüber gehalten, wie Unternehmen aus unterschiedlichen Teilen der EU die Krise zu spüren bekommen und wie sie darauf reagieren. Danach findet eine sehr breit angelegte Diskussion über fortschrittliche struktur- und ordnungspolitische Rahmenbedingungen für fairen und sozialen Wettbewerb in einer breiten Palette an Workshops statt. Themen, wie Steuerdumping, regionale Wirtschaftskreisläufe, alternative Wirtschaftsformen und-organisationen, fairer Handel statt Dumping, Förderpolitik etc. (s. Programm Seite 4) stehen im Mittelpunkt der geplanten Arbeitskreise.

Am Sonntag dreht sich alles um die Europäische Union. Auch wenn die EU für viele weit weg erscheint, so wird von dort immer mehr unser unternehmerischer Alltag bestimmt. Ob die Vergabe öffentlicher Aufträge, an die Existenz gehendes Preisdumping, Verschlechterung des Kreditangebotes für Kleinunternehmen, Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr und immer leerer werdende Taschen unserer Kunden ... all das lässt sich auf Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union zurückführen. Wie wir hier politisch tätig werden können und was die Europäische Linke für Kleinunternehmen unternimmt, wird uns Prof. Dr. Lothar Bisky, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Europäischen Linken, in seinem Schlusswort erläutern.

Medienvertreter – wie das ZDF – haben sich bereits angemeldet.

Deshalb ist es wichtig, dass wir als OWUS-Unternehmerinnen und Unternehmer aus allen Bundesländern in großer Zahl vertreten sind und unsere Meinung auf der Konferenz deutlich machen und mit Gleichgesinnten ins Gespräch kommen.



Schlusswort auf der Konferenz hält Prof. Dr. Lothar Bisky, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Europäischen Linken

Sind Linke bessere Unternehmer?

ND-Interview mit Dr. Diether Dehm MdB

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den großen Trägern politischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Sie versteht sich als ein Teil der geistigen Grundströmung des demokratischen Sozialismus. Hervorgegangen aus dem 1990 in Berlin gegründeten Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.«, entwickelte sich die Stiftung zu einer bundesweit agierenden Institution politischer Bildung, zu einem Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen sowie zu einer Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die parteinahe, bundesweit tätige Stiftung der Partei DIE LINKE. Sie organisiert politische Bildung, verbreitet Kenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge in einer globalisierten, ungerechten und unfriedlichen Welt und ist ein Ort kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus sowie ein Zentrum programmatischer Diskussion über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus.



Dr. Diether Dehm, OWUS-Dachverbandsvorsitzender zum OWUS-Treffen vom 2. bis 3. Mai in Berlin

ND: Das Thema der Konferenz lautet: »Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung«. Helfen diese Vokabeln in der Krise?

Dehm: Allemaal! Merkel und Steinbrück sparen bei öffentlicher Infrastruktur, hauen die Binnenkaufkraft weiter in die Knie. Steuerbegünstigtes Kreditdoping der Großspekulanten, Renten- und Lohnkürzungen, Hartz IV – das bleibt giftige Kehrseite der Exportweltmeisterei.

ND: Trifft die Krise kleine und mittlere Unternehmer besonders?

Dehm: 5000 Entlassungen bei einem Konzern sind Schlagzeile, 1000 KMU-Konkurse mit je zehn Beschäftigten stehen im Kleingedruckten. Seit dem Vorjahr gibt es 23 Prozent Erlösrückgang im verarbeitenden Gewerbe. Unbezahlte Rechnungen führen zu unverschuldeten Insolvenz-Domino. Wir fordern hier Steuerstundung, Überbrückungs- und Dispokredite bei Minimalzins.

ND: Helfen die Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung?

Dehm: Die Abwrackprämie ist ein Strohflecken. Autos, die bis 2012 gekauft würden, laufen jetzt nur vor der Bundestagswahl in die Bücher. Fürs neue Auto wird auf Pump gelebt und am Konsum gespart. Reparatur- und Zuliefererhandwerk geht in die Binsen, kann keine Löhne mehr auszahlen und steht mit Privatvermögen gerade – im Unterschied zur Milliardäerin Schaeffler. Viele landen dann selbst in Hartz IV. Außerdem sollen Aufträge bis zu einer Million in Bau und Dienstleistung von den zuständigen Beamten jetzt »freihändig« vergeben werden. Das bringt Intransparenz und nur den Großen den Zuschlag.

ND: Was ist das Besondere an den Kleinunternehmern, die an der Tagung teilnehmen?

Dehm: Über 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind Kleinunternehmen. Wir von OWUS wollen statt Abwrackprämie eine Offensive für das Reparaturhandwerk: eine Halbierung der Mehrwertsteuer, schnelle Start-up-Darlehen. Gleichzeitig müssen die Konzerne gesetzlich zur Reparaturfreundlichkeit gezwungen werden, statt Austausch. So entstehen Arbeitsplätze, wird Stoff gespart, Müll vermieden, das CO₂ der Lkw-Schlangen gedrosselt.

ND: Wie viele Unternehmen stehen für diese neuen Vorschläge?

Dehm: Wir rechnen mit 150 Tagungsteilnehmern. Wir wollen deutlich machen, dass von links keine Gefahr kommt, sondern die nachhaltigeren Ideen für kleine und mittelständische Unternehmen. Wir haben im Moment eher ein Deflationsproblem. Steinbrück aber schwadroniert im Radio von Inflation. Das ist wie Menschen in einem brennenden Haus das Löschen zu verweigern, weil Überschwemmung droht. Die deutsche Regierung ist Hauptbremser einer EU-weit koordinierten Gegensteuerung. Der Nobelpreisträger Paul Krugman nannte die Kanzlerin darum »Miss Nein« und warf Steinbrück »Holzköpfigkeit« vor.

ND: Eine radikale Einschätzung.

Dehm: Klar. Die Krise frisst sich von oben nach unten durch. Die nächsten sind kleine und mittlere Unternehmen und ihre Arbeitsplätze. Die brauchen einen Schutzschirm! Der Arbeitsplatzeffekt eines staatlich ausgegebenen Euro ist nirgends so gering wie in Rüstung und Atomindustrie. Deswegen ist Abrüstung auch für die öffentlichen Kassen entscheidend.

ND: Es geht also um konkrete Lösungen für die Praxis?

Dehm: Ja. Wir müssen deutlich sagen, die Konzern- und Börsenherrschaft ruiniert euch, die schlauerer Vorschläge kommen von links.

Fragen: Grit Gernhardt



Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung leiten sich für OWUS folgende politische Forderungen im Wahljahr 2009 ab:

Steuern und Beiträge

Wir fordern eine Steuervereinfachung durch radikale Reduzierung der Steuervorschriften, eine wirkliche Transparenz und eine deutliche Senkung des bürokratischen Aufwandes. Mit einem ermäßigten Umsatzsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen, insbesondere in Handwerk und Gastronomie, können Umsätze stabilisiert und ausgeweitet werden. Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten ist auszudehnen und für neue und alte Bundesländer zu vereinheitlichen. Steuersenkungen im ESt-Bereich sollten vor allem die niedrigen Einkommen entlasten und Familien mit Kindern fördern.

Die Kammern sind demokratisch auszugestalten. Ihre Dienstleistungen dürfen nicht mit privaten Anbietern konkurrieren und müssen für Mitglieder weitestgehend kostenlos sein. Bei der Beitragsgestaltung muss die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens noch stärker als bisher ausschlaggebend sein. Doppelte Kammer-Mitgliedschaften sind abzuschaffen.

Wettbewerb

Wettbewerb darf nicht auf Kosten der kleinen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter gehen.

Dazu zählen wir die Durchsetzung einer Zahlungsmoral bei öffentlichen und privaten Kunden, die Insolvenzen infolge ausbleibender Zahlungen verhindert.

Auf europäischer Ebene sehen wir mit Besorgnis eine Tendenz in der Rechtsprechung, die der Dienstleistungsfreiheit einen höheren Stellenwert einräumt als dem Schutz der sozialen Interessen von Unternehmern und Arbeitnehmern. Wir sind für einheitliche soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards in den Ländern der EU und den jeweiligen Lebensbedingungen angepasste gesetzliche Mindestlöhne. Als sozial verantwortungsvolle Unternehmer sind für einen gesetzlichen Mindestlohn auch in Deutschland. Wir erwarten jedoch, dass die Befürworter dieses Mindestlohnes auch die Interessen der kleinsten und kleinen Unternehmen berücksichtigen und sie für eine Übergangszeit mit flankierenden Maßnahmen unterstützen.

Wir unterstützen alle Formen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen.

Soziale Sicherheit

Einklagbare soziale Rechte müssen auf europäischer Ebene festgeschrieben werden. Dazu gehört auch der uneingeschränkte Zugang der selbstständig Tätigen zu den sozialen Sicherungssystemen. Insbesondere kleine Unternehmer und ihre Familien bedürfen hierbei besonderer Unterstützung.

Ökologie

Regionale Wirtschaftskreisläufe und effiziente Verwertung von Ressourcen schützen das Klima und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Die Verpflichtung zur Herstellung reparaturfähiger Produkte, von Mehrwegsystemen und regionalen Wiederverwertungsstrukturen sind gesetzlich zu verankern. Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen durch die gezielte Auftragsvergabe der öffentlichen Haushalte gefördert werden.

Finanzierung und Subventionen

Mit öffentlichem Förderungs- und Krisenmanagement muss für ohne eigenes Verschulden in ihrer Existenz bedrohte Unternehmen die Möglichkeit geschaffen werden, Wertschöpfungsketten und damit Arbeitsplätze zu erhalten. Öffentliche Bürgschaften, Überbrückungshilfen und Kredite sind für viele kleine und mittlere Unternehmen ohne ausreichende Eigenkapitalbasis unverzichtbar. Dabei muss die Vergabe von Subventionen und Fördermitteln ohne wenn und aber an soziale und ökologische Ziele geknüpft sein. Demokratische Unternehmens- und Eigentumsformen sind besonders zu fördern. Wir sind für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, jedoch in Ergänzung zur privaten Wirtschaft und nicht als Konkurrenz.

Bildung und Forschung

In einem modernen Bildungssystem müssen auch die ökonomischen und ethischen Grundlagen des Wirtschaftens vermittelt werden. Damit wird die soziale Unternehmergegeneration von morgen erzogen.

Kleine und mittlere Unternehmen nehmen in hohem Maße ihre gesellschaftliche Pflicht zur Ausbildung der benötigten Fachkräfte wahr. Es muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, diese Ausbildungsbetriebe materiell entsprechend zu unterstützen. Eine Ausbildungsplatzabgabe kann dafür die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Die Förderung von Forschung und Entwicklung mit öffentlichen Mitteln muss mit entsprechenden Nutzungsrechten für die Allgemeinheit verbunden sein.

Fairer Handel

Jeder Mensch muss von seiner Hände Arbeit leben können, diese Forderung gilt nicht nur für Deutschland und andere Länder des Westens. Die Pflicht zur Einhaltung auch der sozialen Menschenrechte und der ILO-Kernarbeitsnormen ist für alle Unternehmen und die mit ihnen finanziell oder wirtschaftlich verbundenen Unternehmen im Ausland festzuschreiben. Verstöße sind zu ahnden. Wir sind konsequent gegen Kinderarbeit und andere diskriminierende Arbeitsbedingungen.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Öffentliche Güter gehören in öffentliche Hand und müssen für alle Menschen zugänglich sein. Privatisierungen in diesen Bereichen sind zurückzunehmen bzw. unter staatliche Kontrolle zu stellen. Unternehmen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft sind in öffentliches Eigentum zu überführen.

Soziale Dienstleistungen wie Kranken- und Altenpflege sowie Kinderbetreuung in solidarischen, nicht gewinnorientierten Unternehmen sind staatlich zu fördern und auszubauen.

OWUS

Menschen, die bereit sind, für sich und Andere Verantwortung zu übernehmen, finden sich häufig als UnternehmerInnen auf einem europäischen Binnenmarkt wieder, der Moral und Herz mit wirtschaftlichem Niedergang bestraft.

Um das Soziale in einer neoliberalen Wirtschaftsordnung zu wahren, haben sich Unternehmerinnen und Unternehmer 1994 im Offenen Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen in der Bundesrepublik Deutschland, kurz OWUS e.V. zusammengeschlossen. Als branchenoffener Wirtschaftsverband unter dem Leitmotiv »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung« sind wir Interessengemeinschaft und Selbsthilfeorganisation. Verbandszweck ist es, stabile Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und durch unsere politische Arbeit einen gemeinnützigen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung zu leisten. Wir sind der festen Überzeugung, dass erfolgreich unternehmerisch tätig sein und sozial handeln sich nicht ausschließen.

Organisatorisches

Auf Grund begrenzter Räumlichkeiten wird um rechtzeitige Anmeldung gebeten.

Anmeldung und Kontakt

Organisationsteam KMU-Konferenz c/o OWUS Dachverband e.V. Weydinger Straße 14–16, 10178 Berlin
 contact@owus.de
 www.owus.de/conference

Für Fragen zur Konferenz:
 +49 30 22773087
 OWUS: +49 30 24009563
 Rosa-Luxemburg-Stiftung:
 +49 30 44310-165

Veranstaltungsort

Gebäude des »Neuen Deutschland«
 Franz-Mehring-Platz 1,
 10243 Berlin

Samstag, 2. Mai 2009

- 13.00–13.30 Uhr** **Eröffnung und Begrüßung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und OWUS e.V.**
Heinz Vietze, Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Dr. Rolf Sukowski, Vorstandsvorsitzender OWUS Berlin-Brandenburg e.V.
- 13.30–14.00 Uhr** **Impulsreferat: Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise und Finanzkrise in der EU**
Prof. Dr. Trevor Evans, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- 14.00–16.00 Uhr** **Podiumsdiskussion: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf KMU**
Adrian Zelaia, Generalsekretär der Mondragon Corporation Spanien
Jennifer Mc Cann, Sinn Féin MLA for West Belfast, Ireland
Malle Salupere, KMU Vertreter Estlands
Uwe Zimmermann, KMU Vertreter Deutschland
- 16.00 Uhr** **Kaffeepause**
- 16.15–16.45 Uhr** **Impulsreferat: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen von KMU und alternativen Unternehmensformen**
Dr. Diether Dehm, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorstandsvorsitzender des OWUS Dachverband e.V.
- 16.45–20.30 Uhr** **Diskussion fortschrittlicher struktur- und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für fairen und sozialen Wettbewerb**

- Workshops: Teil I**
 (parallel stattfindend)
- 1. Schluss mit Steuerdumping**
Nicola Liebert, Tax Justice Network
- 2. Gute Arbeit für alle Arbeitenden**
Dr. Christel Degen, Referatsleiterin Struktur-, Regional- und Unternehmenspolitik des Deutschen Gewerkschaftsbunds
- 3. Regionale Wirtschaftskreisläufe und Handwerk als ökologische Alternativen**
Dr. Christian Baumgartner, Generalsekretär der Naturfreunde Internationale, Österreich
- 18.30–18.45 Uhr** **Kaffeepause**
- 18.45–20.30 Uhr** **Workshops Teil II**
 (parallel stattfindend)
- 4. »Ethical Banking« – eine Alternative für KMU?**
Erich Innerbichler, Direktor d. Raiffeisenkasse Bozen, Italien
- 5. Erfahrungen alternativer Wirtschaftsformen und -organisationen**
Dipl. Ing. Sigrid Wölfling, Bundesverband der Arbeitgeberzusammenschlüsse Deutschland e.V.
- 6. Fairer Handel statt Dumping – für globale soziale Verantwortung**
Elisabeth Schinzel, Oxfam Deutschland e.V.
- 20.30 Uhr** **Abendessen und Empfang**

Sonntag, 3. Mai 2009

- 09.30–10.00 Uhr** **Impulsreferat: Soziales Unternehmertum im Lichte des EU-Rechts**
Janeta Mileva, europapolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
- 10.00–12.30 Uhr** **Podiumsdiskussion: Soziales Unternehmertum und der Vertrag von Lissabon**
Dr. Helmuth Markov, Mitglied des europäischen Parlaments
Dr. Lutz Brangsch, Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS
Prof. Dr. Christa Luft, Gründungs- und Ehrenmitglied OWUS
- 12.30–13.00 Uhr** **Schlusswort zur Konferenz**
Prof. Dr. Lothar Bisky, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Europäischen Linken
- 13.00–13.30 Uhr** **Abschluss der Konferenz**
Dr. Florian Weis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Dr. Diether Dehm, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorstandsvorsitzender des OWUS Dachverband e.V.

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlou,
Redaktion: R. Vehlou, Dr. R. Sukowski
Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14–16, 10178 Berlin,
 Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Satz/Layout/Druck: typgerecht berlin, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei Haus 1, 10435 Berlin, 030 - 48 49 62 43
Fotos: Renate Vehlou
Redaktionsschluss: 29.04.09
 Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet werden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.